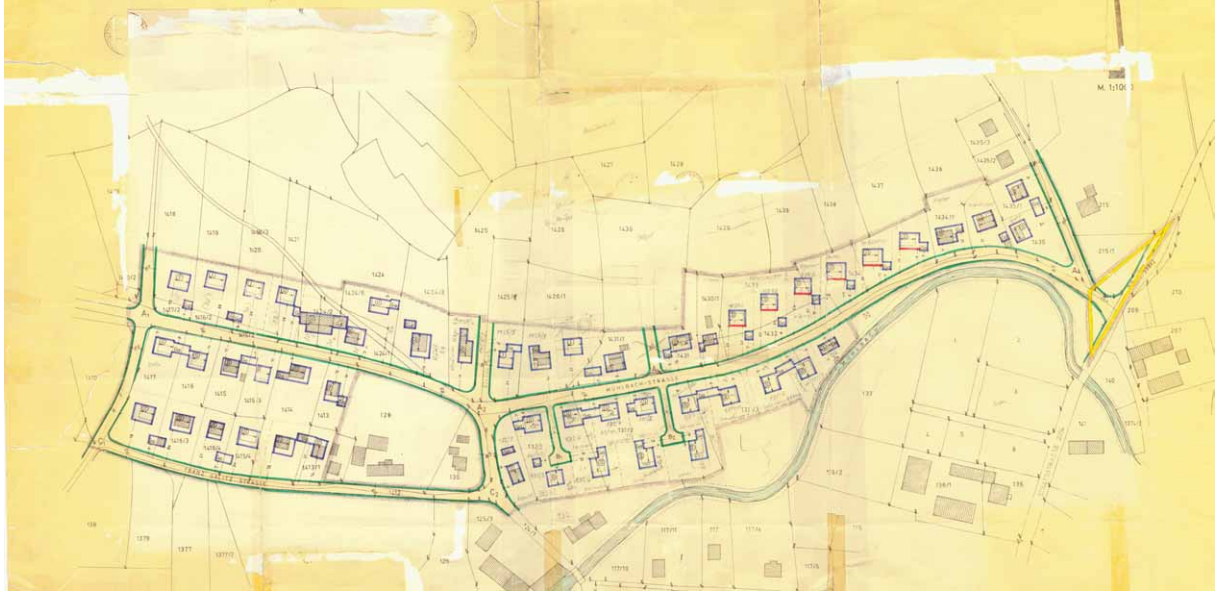














ALLERSHAUSEN LANDKR. FREISING BEBAUUNGSPLAN KOHLSTATTFELD








Die Gemeinde Allershausen erlässt gemäß § 9 und § 10 des BBauG vom 23.6.1960 (BGBl I S.341), Art. 23 GO vom 25.1.52 (BayBS I S.461), Art. 107 BayBO vom 1.8.1962 (GVBL S.179) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke vom 26.6.62 (BGBl I S.429) mit Genehmigung der Regierung von Oberbayern vom ^{31.10.1969}.....
 Nr. II/2e-IV/B Fa-6702 FS 3-4 diesen Bebauungsplan als

S A T Z U N G

A) F E S T S E T Z U N G E N

-  Grenze des Geltungsbereiches
-  Straßenbegrenzungslinie
-  Baulinie (zwingend anzubauen)
-  Baugrenze
-  öffentliche Verkehrsflächen
z.B. Massangaben
-  Gebäude I Erdgeschoss, Satteldach Dachneigung 23-27° ohne Dachausbau, (zwingend)
 Wandhöhe max. 3,50 m über Oberkante Erschließungsstraße bzw. über natürlichem Gelände.
-  Gebäude II Erdgeschoss mit vollem Obergeschoss, Satteldach, Dachneigung 27° ohne Dachausbau (zwingend)
 Wandhöhe max. 6,00 m über Oberkante Erschließungsstraße bzw. über natürlichem Gelände.
-  Fläche für Garagen
-  verbindliche Firstrichtung
-  Begrenzung von Sichtdreiecken

B) H I N W E I S E

-  Bestehende Grundstücksgrenzen
-  Geplante Grundstücksgrenzen
- 121 z.B. Flurstücksnummern
-  Bezeichnung von Straßenpunkten
-  vorhandene Wohngebäude
-  vorhandene Nebengebäude

Aufstellung - Änderung
 Ergänzung - Aufhebung
 genehmigt mit RE vom 31.10.69
 Nr. II/2e-IV/B Fa-6702 FS 3-4
 Regierung von Oberbayern
 I.A.



C) WEITERE FESTSETZUNGEN

1. Das Bauland ist nach § 9 BBauG und § 4 Baunutzungsverordnung als allgemeines Wohnbaugebiet festgesetzt.
2. Höchstzulässige Geschossflächenzahl gem. § 17 Baunutzungsverordnung
Für Grundstücke mit dem Gebäudetyp II 0,5 0,5 2
Für Grundstücke mit dem Gebäudetyp I 0,4 0,4 2
3. Soweit sich bei der Ausnutzung der überbaubaren Flächen einschließlich der Flächen für Garagen Abstandflächen ergeben, die geringer sind, als Artikel 6 und 7 der BayBO verlangen werden diese ausdrücklich für zulässig erklärt. Die aus dem Plan durch Festsetzung der überbaubaren Grundstücksflächen - Flächen für Garagen - sich ergebenden Grundstücksabstände, dürfen auch bei einer Änderung der bestehenden oder bei Nichteinhaltung der vorgeschlagenen Grundstücksgrenzen nicht unterschritten werden.
4. Anlagen im Sinne des § 23 Abs. 5 Satz 1 Baunutzungsverordnung dürfen nur in den ausgewiesenen überbaubaren Flächen errichtet werden.
5. Nebenanlagen sind nur innerhalb der durch Baulinien und Baugrenzen eingeschlossenen Flächen zulässig.
6. Soweit eine Baugrenze auf der vorhandenen oder geplanten Grundstücksgrenze verläuft, ist Grenzbebauung festgesetzt.
Doppelgaragen müssen an der Grundstücksgrenze zusammengebaut werden.
7. Die Einfriedungen an öffentlichen Straßen dürfen 1,00 m Höhe nicht überschreiten. Zulässig sind nur Heckenpflanzen aus bodenständigen Gewächsen und Hanichelzäune. Die Hecken dürfen mit Maschendraht gesichert werden. Die Verwendung von Stacheldraht ist nicht zulässig.
8. Innerhalb der eingetragenen Sichtdreiecke dürfen Bebauung, Bepflanzung und Einfriedung nicht höher als 1,00 m über Straßenoberkante gehalten werden.
9. Für Garagen wird festgesetzt:
Wandhöhe max. 2,80 m, Dachform; Pultdach 3 - 7°
10. Für je 300qm Fläche des Baugrundstückes ist an geeigneter Stelle des Anwesens ein Baum bodenständiger Art zu pflanzen.

D) V E R F A H R E N S H I N W E I S E

DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES WURDE
MIT DER BEGRÜNDUNG GEMÄSS § 2 ABS. 6
BBAUG VOM 24. Januar 1969 BIS 24. Februar 69
ÖFFENTLICH AUSGELEGT

ALLERSHAUSEN, DEN 10. April 1969

BÜRGERMEISTER  (SIEGEL)



DIE GEMEINDE ALLERSHAUSEN HAT MIT BE-
SCHLUSS DES GEMEINDERATES VOM 10. April 69
DEN BEBAUUNGSPLAN GEMÄSS § 10 BBAUG
ALS SATZUNG BESCHLOSSEN.

ALLERSHAUSEN, DEN 24. April 1969

BÜRGERMEISTER  (SIEGEL)



DIE REGIERUNG VON OBERBAYERN HAT DEN
BEBAUUNGSPLAN MIT ENTSCHLIESSUNG VOM
31. Oktober 1969 NR. II/2 e-IV B Nr. 6102 FS 3-4
GEMÄSS § 11 BBAUG (IN VERBINDUNG MIT
§ 1 DER VERORDNUNG VOM 17. OKT. 1963
GVBL. S. 194) GENEHMIGT

MÜNCHEN, DEN

I. A. (SIEGEL)

DER GENEHMIGTE BEBAUUNGSPLAN WURDE MIT
BEGRÜNDUNG VOM *3. April 70* BIS *4. Mai 70*
IN *Allershausen* .. GEMÄSS § 12 SATZ 1
Rathaus .. BBAUG ÖFFENTLICH AUSGELEGT. DIE GENEHM-
IGUNG UND DIE AUSLEGUNG SIND AM ..
ORTSUBLICH DURCH ..
BEKANTGEMACHT WORDEN. DER BEBAUUNGS -
PLAN IST DAMIT NACH § 12 SATZ 3 BBAUG
RECHTSVERBINDLICH.

ALLERSHAUSEN, DEN *4. Mai 1970* ..

BÜRGERMEISTER ..

[Handwritten Signature]



(SIEGEL)



PLANFERTIGER :

ORTSPLANUNGSSTELLE
FÜR OBERBAYERN

München, den 15. 6. 67

N. Kull

ayer

DE)

Verfahrensvermerke

BAURAT

1.

Die Gemeinde ALLERSHAUSEN hat mit Beschluss des Gemeinderates vom *14. März 1945* den nach § 13 BBAuG geänderten Bebauungsplan "Aonistattfeld" gemäß § 10 BBAuG als Satzung beschlossen.

Allershausen, den *15. März 1945*



1. Bürgermeister

Wannig

2.

Der gemäß § 13 BBAuG geänderte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom *15. März 1945* bis *18. April 1945* in Allershausen gemäß § 12 Satz 1 BBAuG öffentlich ausgelegt. Die Auslegung ist am *15. März 1945* ortsdüch durch *Aushang*..... bekanntgemacht worden. Der geänderte Bebauungsplan ist damit nach § 12 Satz 3 BBAuG rechtsverbindlich

Allershausen, den *12. April 1945*



1. Bürgermeister

Wannig